

26. Dezember 1969: Information des stellv. Vorsitzenden des KGB, N. S. Zacharov, an das ZK der KPdSU über die Sicht der Regierungskreise der USA auf den Wahlsieg der SPD und die Bildung einer neuen Regierung in der BRD*

Streng geheim

In Regierungskreisen der USA meint man, dass der Wahlsieg der Sozialdemokraten und die Bildung einer neuen Regierung in der BRD nicht zu irgendwelchen grundlegenden Änderungen in der westdeutschen Politik führen werden, weil die Ziele und Aufgaben der BRD unverändert bleiben. Gleichzeitig wird in den genannten Kreisen eine gewisse Sorge bezüglich der Methoden und Mittel geäußert, die die Regierung Brandt für das Erreichen dieser Ziele anwenden kann.

Die Amerikaner sind besorgt, dass Brandt, nachdem er die Kanzlerschaft in der BRD angetreten hat, beginnt, in Bezug auf die UdSSR und andere sozialistische Länder eine unabhängigere Politik zu verfolgen und Schritte unternimmt, die nicht mit den USA abgestimmt sind und ihren Interessen in Europa Schaden zufügen sowie zur Schwächung der amerikanischen Kontrolle über die NATO führen werden.

Nach Einschätzung amerikanischer Experten wird die neue westdeutsche Regierung in erster Linie dem Aufbau von umfassenden Kontakten mit der DDR Aufmerksamkeit schenken und bereit sein, Verhandlungen mit ihr in allen Fragen auf Basis der Formel „zwei Staaten einer deutschen Nation“ zu führen. Obwohl die USA zwar keine radikale Verbesserung in den Beziehungen zwischen BRD und DDR erwarten, da sie meinen, dass „Ulbricht diesen Prozess mit allen Mitteln behindern wird“, heißen sie die oben genannte Formel nicht gut, weil sie, ihrer Meinung nach, in gewissem Maße eine Anerkennung der DDR darstellt und der allgemeinen Position der westlichen Länder widerspricht, die gegen eine Anerkennung der DDR als souveräner Staat auftreten.

Die Amerikaner nehmen an, dass in zukünftigen Verhandlungen mit Polen die Bundesrepublik einer bedingungslosen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht zustimmt, sondern sich auf eine Erklärung über die „Achtung“ dieser Grenze als einer real existierenden beschränken wird, und somit die endgültige Lösung der Grenzfrage bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags aufschieben wird. Doch selbst ein solcher Schritt kann, laut Amerikaner, den Grundstein für einen ernsthaften bilateralen Dialog zwischen diesen Ländern über die Normalisierung ihrer Beziehungen legen. Die USA haben im Prinzip keine Einwände gegen die Entwicklung der Kontakte der BRD mit Polen und anderen osteuropäischen Ländern im Rahmen der allgemeinen westlichen Politik, allerdings wurden in amerikanischen Regierungskreisen Befürchtungen geäußert, dass Brandt unnötige Eile an den Tag legen und diesen Ländern „ungerechtfertigte Zugeständnisse“ machen könnte. Die USA hätten gerne, dass Brandt in den Verhandlungen mit den sozialistischen Ländern eine feste Position beibehält und beharrlich verhandelt, um von ihnen für den Westen günstige Zugeständnisse zu erwirken.

Die Amerikaner sind über die „wohlwollende“ Position Brandts in Bezug auf die gesamteuropäische Sicherheitskonferenz besorgt. Sie befürchten, dass dies die zentrifugalen Fliehkräfte unter den westeuropäischen Verbündeten der USA bei der NATO begünstigen und sich negativ auf die Einheit des Westens in den Verhandlungen mit dem Osten auswirken wird.

* RGANI, F. 5, op. 61, d. 572, S. 298–300. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 26. Dezember 1969, Nr. 3277-3, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 43234, 29. Dezember 1969, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Hs. vermerkt: „Information auf der Rückseite. 25-s/7.“ Auf der zweiten Seite hs. verfügt: „Ins Archiv, [Unterschrift unleserlich].“

Amerikanische Führungskreise sind über die Möglichkeit einer „Annäherung“ zwischen der BRD und der Sowjetunion sowie deren „verheerende“ Folgen für die NATO und die Europapolitik der USA ausgesprochen besorgt. In diesem Zusammenhang wird die Meinung geäußert, dass es notwendig sei, hemmend auf die „Ostpolitik“ Brandts einzuwirken.

Was die Frage der wechselseitigen Beziehungen der BRD mit den USA und deren NATO-Politik betrifft, so wird die Position der westdeutschen Regierung, nach Meinung der Amerikaner, in diesem Bereich keine ernsthaften Veränderungen erfahren. Brandt versicherte dem Außenminister der USA Rogers, dass er gegenüber den USA und der NATO eine „traditionelle Politik“ verfolgen werde und dass die BRD ihren Bündnisverpflichtungen treu bleibe. Die USA stehen der Europapolitik der neuen Regierung der BRD positiv gegenüber, insbesondere in der Frage der Zulassung Englands zum Gemeinsamen Markt.

Eine gewisse Besorgnis löst bei den Amerikanern das energische Betreiben Brandts zur Aufnahme der BRD in die UNO aus. Diese Fragestellung würde die Problematik anderer „geteilter Länder“ aufwerfen und einen Präzedenzfall für die Aufnahme von Ländern wie der DDR, der Demokratischen Republik Vietnam und der Demokratischen Volksrepublik Korea schaffen, was die USA in eine schwierige Lage brächte. Nach einigen Informationen haben die USA in diesem Zusammenhang Bonn empfohlen, derzeit von konkreten Schritten in diese Richtung abzusehen.

Dem Außenministerium zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

N. Zacharov¹

¹ Hs. unterzeichnet.